

und Angestellten-Rechts und eine durchgreifende Besoldungsreform für die Beamenschaft ist dringend notwendig. Ferner fordert die Demokratische Volkspartei den Abbau der Zwangskriegswirtschaft, die Hilfe des Staates bei der Wiederaufrichtung des selbständigen Mittelstandes durch die gerechte Zuweisung von Rohstoffen, Waren und Aufträgen sowie durch weitestgehende Kreditunterstützung und durch Unterstützung seiner genossenschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen.

8. Von besonderer Wichtigkeit ist eine großzügige Boden- und Wohnungspolitik, die ein gesundes Wohnen der Bevölkerung gewährleistet.

9. Eine Stärkung des mittleren und kleineren Grundbesitzes wird erstrebt. Das Reich erhält ein Enteignungsrecht für landwirtschaftlichen Großgrundbesitz, um den Kleinbesitz zu vermehren. Durch wirtschaftliche Maßnahmen sind alle diejenigen ländlichen Produktionszweige zu fördern, in denen der Kleinbesitz erfolgreich ist. (Viehzucht, Milchwirtschaft, Gemüsebau u. dergl.) Jede sozialpolitische oder steuerliche Bevorzugung des Großgrundbesitzes ist aufzuheben. Forsten gehören dem Staate oder den Gemeinden.

10. Auf industrielle Betriebe, die so groß sind, daß ein öffentliches Interesse an der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, an der Gewinnverteilung und der Verwertung der Produkte vorliegt, erhält der Staat durch besondere Kommissare, gegebenenfalls durch Stellung von Aufsichtsratsmitgliedern maßgebenden Einfluß.

11. Industrielle Zweige, bei denen durch Bildung von Riesen-Betrieben, durch Trusts und Syndikate der Konkurrenzkampf und damit die wirtschaftliche Entwicklung ganz oder zum größten Teil ausgeschlossen ist, sind zur Übernahme durch den Staat reif.

Eisenbahn, Schifffahrt, Erzeugung elektrischer Kraft, der Betrieb von Bergwerken u. dergl. werden verstaatlicht, zum mindesten aber in gemischt-wirtschaftliche Betriebe übergeführt, auf deren Leitung der Staat maßgebenden Einfluß hat.

12. Die Aufwendungen des Staates werden zunächst durch eine einmalige größere, gestaffelte Vermögensabgabe unter scharfer Erfassung der Kriegsgewinne, sodann durch gestaffelte Einkommen- und Vermögenssteuer, sowie durch einen weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer gedeckt. Hauptamtliche Steuerkommissare in Stadt und Land sorgen für die richtige Veranlagung zur Steuer.

13. Weitergehende Forderungen für die Kriegsteilnehmer, insbesondere die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen ist eine Ehrenpflicht des Staates, die unter allen Umständen erfüllt werden muß.

14. Im Mittelpunkt aller öffentlichen Maßnahmen steht grundsätzlich der Mensch und nicht die Ware. Die Demokratische Volkspartei ist der Meinung, daß der Erwerb nicht Selbstzweck des Lebens, sondern nur Mittel zum Zweck ist, und daß die materiellen Güter nur dazu dienen, jedem Menschen ein Dasein der Selbstbestimmung und des kulturellen Aufstiegs zu ermöglichen.

Männer und Frauen des Landes Braunschweig schließt Euch an!

Beitrittserklärungen sind an die Demokratische Volkspartei nach Braunschweig, Bohlweg 5-7

3. Stock, zu richten.

Dr. Otto Bracke Rechtsanwalt	Dr. Hermann Diesselhorst Professor	Hermann Fiermann Maschinenschlosser	Dr. Hugo Kanter Geschäftsführer
Hans Munte Fabrikant	Käte Oden	Hermann Papenberg Oberpostschaffner	R. Post Finanzsekretär
Heinrich Rönneburg Lehrer	Dr. Regensburger Rechtsanwalt	Carl Schilke Kaufmann	Oscar Soff Schuldirektor
	E. Welk, Redakteur	Else Wolters.	

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

H XVII 5

(5)

Albert Limbach, Braunschweig

Wahlen 1919/20 Nr. 79

